



Bargteheide, den 29. Januar 2021

**Gemeinsamer Antrag der Fraktion SPD und FDP für den Finanz- und
Wirtschaftsausschuss am 04.02.2021**

**Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen am Bahnhof Bargteheide (II)
hier: Aufstellung und Inbetriebnahme von Notrufsäulen
Haushaltsmittel im Jahr 2021 bereitstellen**

Sehr geehrter Herr Weingärtner,

wir beantragen für die o.g. Sitzungen den nachstehenden Antrag zu behandeln.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss möge jeweils beschließen:

1. Für das Haushaltsjahr 2021 werden 40.000 Euro für die Anschaffung und Inbetriebnahme von zwei Notrufsäulen (Modell inkl. Defibrillator) bereitgestellt. Jeweils auf der West- und Ostseite des Bahnhofs werden Standorte gewählt, die gut sichtbar sind und sich möglichst in der unmittelbaren Nähe der Bahnstufenunterführung befinden. Die Hinweise auf die Notrufsäulen sind durch geeignete Beschilderungen und Wegeleitsysteme im gesamten Bahnhofsareal (insbesondere auch in der Bahnstufenunterführung) sicherzustellen.
2. Die Verwaltung wird gebeten, mit der Deutschen Bahn und der Polizei zeitnah in den direkten und kontinuierlichen Dialog darüber zu gehen, mit welchen weiteren (temporären) Maßnahmen das Sicherheitsgefühl am Bahnhof gesteigert werden kann. Im Antrag der Stadt Bargteheide zur Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ sind erste Planungsüberlegungen zu kriminalpräventivem Städtebau („dunkle Angsträume vermeiden“) skizziert. Darauf aufbauend, sind unverzüglich entsprechende Analysen und Befragungen der Bevölkerung und Bahnstufenbesucher:innen vorzunehmen, um die Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung von anerkannten und förderungsfähigen Maßnahmen zu schaffen.
3. Zur Kostenminimierung wird die Verwaltung gebeten, sich um eine Beteiligung durch Sponsor:innen für dieses Projekt zu bemühen.
4. Die Verwaltung wird gebeten, dem Haupt- und Sozialausschuss anlassbezogen zu berichten.

Begründung:

Am Bargteheider Bahnhof fühlen sich viele Einwohner:innen nicht sicher. Dies betrifft insbesondere die Bahnstufung. Einige Passant:innen geben etwa in persönlichen Gesprächen und auch gegenüber der Lokalpresse an, in den Abendstunden diesen Weg zu meiden. Aus unserer Sicht ist es weiterhin dringend erforderlich, Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen und des subjektiven Sicherheitsgefühls am Bahnhof zu ergreifen.

Die SPD-Fraktion Bargteheide schlug bereits Ende 2019 in ihrem Antrag „Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen am Bahnhof Bargteheide“ die Aufstellung von Notrufsäulen (mit integriertem Defibrillator) sowie die Prüfung einer Videoüberwachung im Rahmen datenschutzrechtlicher Bestimmungen vor. Der Haupt- und Sozialausschuss fasste daraufhin am 26.02.2020 einen eindeutigen und einstimmig gefassten Prüfauftrag, wonach die Stadtverwaltung mit der Deutschen Bahn Gespräche suchen und verschiedene Vorkehrungen, wie z. B. Notrufsäule, Videoüberwachung, Defibrillator, prüfen sollte.

Die Bürgermeisterin teilte im Haupt- und Sozialausschuss am 02.12.2020 mit, dass die Deutsche Bahn am Bahnhof Bargteheide keine Videoüberwachung vorsehe. Auch werde die Einrichtung einer Videoüberwachung durch die Deutsche Bahn im Rahmen des geplanten Betriebsbeginns der S4 für unwahrscheinlich gehalten. Die Mitglieder des Haupt- und Sozialausschusses haben nachträglich eine grobe Kostenschätzung zur Aufstellung eines Notrufterminals (inkl. Defibrillator) erhalten.

Somit kann eine sichtbare Notrufsäule jeweils auf der West- und Ostseite des Bahnhofs entscheidend zu einer Verbesserung des Sicherheitsgefühls beitragen. Zudem ist diese Maßnahme eine zeitnah umsetzbare und eine in ein Gesamt-Sicherheitskonzept integrierbare Maßnahme. Eine Notrufsäule – in Kombination mit einem integrierten Defibrillator – eröffnet zudem bessere Möglichkeiten für Notfallsituationen im öffentlichen Raum.

Die Stadt Bargteheide hat in ihrem Antrag zur Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ in 2018 auf die problematische Situation von Angsträumen im Bargteheider Stadtgebiet verwiesen, darunter auch eine Bestandsaufnahme „Eingang/Tunnel Bahnstufung“. Seitdem sind im Bahnhofsumfeld keine weiteren kriminalpräventiven (baulichen) Maßnahmen im Bahnhofsumfeld ergriffen worden. Die weitere Zeitschiene zur Umsetzung von konkreten kriminalpräventiven Maßnahmen im Städtebau ist wage.

Daher ist es notwendig, mit Einwohner:innen und Besucher:innen sowie relevanten Akteuren wie der Deutschen Bahn oder der Polizei zeitnah und kontinuierlich in den Dialog zu treten, um die Voraussetzungen für die zügige Umsetzung anerkannter und förderungsfähigen Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls zu schaffen. In Anbetracht der Corona-Situation sind hierbei bereits von der Stadt erprobte Onlineformate (wie z.B. Onlinebefragung) oder auch neue digitale Dialogforen (Online-Konferenz) denkbar.

Im Auftrag,

Gerrit Kronenberg
Stv. Fraktionsvorsitzender der SPD

Gorch-Hannis la Baume
Fraktionsvorsitzender der FDP